



Mobilitätsausschuss

Niederschrift über die 28. Sitzung des Mobilitätsausschusses am 31. Januar 2023

Sitzungsraum: Raum 126/127 der Kreisverwaltung, Carl-Heydemann-Ring 67
in 18437 Stralsund

Sitzungsdauer: 17:00 - 17:47 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender

Herr Marco Jahns

Ausschussmitglieder

Herr Steffen Bartsch-Brüdgam

Herr Mario Bauch

Herr Alexander Benkert

Heiko Körner

Frau Andrea Kühl

Herr Rolf Martens

Herr André Meißner

Herr Thomas Schulz

Frau Friederike von Buddenbrock

Stellvertreter/-in

Herr Kai Danter

Herr Stefan Giese

Herr Lutz Herzberg

Frau Monika Wenzel

Vertretung für Herrn Prof. Dr. Wetenkamp

Vertretung für Herrn Meister

Vertretung für Frau Präkel

Vertretung für Herrn Löttge

Von der Verwaltung

Herr Thomas Baase

Herr Oliver Hack

Herr Ralph Langkammer

Frau Gerlind Ockert

Frau Anja Pfefferkorn

Herr Dietmar Schubotz

Herr Frank Stallbaum

SB Verkehrsplanung/ÖPNV

SB Radwege/Verkehrsplanung

FDL 02

FGL 13.30

Protokollführerin

FGL 12.40

FDL 43

Es fehlen:

Ausschussmitglieder

Herr Mathias Löttge

Herr Michael Meister

Frau Julia Präkel

Herr Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Bestätigung der Niederschrift vom 6. Dezember 2022
5. Ergänzungsvereinbarung zum öffentlichen Dienstleistungsauftrag zwischen der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH und dem Landkreis Vorpommern-Rügen zur Liquiditätssicherung BV/3/0450
6. Öffentlich-rechtlicher Vertrag über eine zeitweise Aufgabenübertragung nach § 165 Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) zur Errichtung eines Straßenbegleitenden Radweges entlang der Kreisstraße NVP 10 von Klausdorf bis Muuks BV/3/0442
7. Öffentlich-rechtlicher Vertrag über eine zeitweise Aufgabenübertragung nach § 165 Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) zur Errichtung eines straßenbegleitenden Radweges entlang der Kreisstraße RÜG 13 von Puddemin bis zur L 30 BV/3/0443
8. Antrag der Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE/FR, CDU: "Ausbauziel von 120 Kilometern für die Radwegeinfrastruktur an Kreisstraßen" A/3/0200/1
9. Verkehrsbeeinflussende Anlagen zur besseren Ausnutzung des Verkehrsraumes unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Radfahrenden als sinnvolle Ergänzung zu Radwegen
10. Zukünftige Priorisierung zum Ausbau von Radwegen an Bundesstraßen
11. Anfragen
12. Mitteilungen

- Nichtöffentlicher Teil -

13. Bestätigung der Niederschrift nichtöffentlicher Sitzungsteil vom 6. Dezember 2022
14. Anfragen
15. Mitteilungen

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Jahns eröffnet die 28. Sitzung des Mobilitätsausschusses und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der

Mobilitätsausschuss mit 12 von 15 Ausschussmitgliedern beschlussfähig ist.
Herr Jahns begrüßt Herr Körner, neues Ausschussmitglied im Mobilitätsausschuss, und weist ihn per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten hin.

2. Einwohnerfragestunde

Herr Jahns informiert, dass Herr Schmelz, Einwohner aus Fuhlendorf, Anregungen an den Mobilitätsausschuss gestellt habe. Er schlägt vor Herrn Schmelz zur nächsten Sitzung einzuladen, um zu berichten und zu klären, ob er den sonst üblichen Weg über die Gemeinden und dem Straßenbauamt zu Verkehrsschildern schon gegangen sei. Aufgabe des Mobilitätsausschusses sei nicht, über einzelne Verkehrsschilder im Landkreis zu diskutieren.

Herr Meißner betritt die Sitzung um 17:02 Uhr (13/15)

Weiterhin teilt **Herr Jahns** mit, dass noch zwei Fragen aus der letzten Sitzung von Frau Nurkewitz offen seien. Eine Frage wurde bereits von Frau Ockert beantwortet und die zweite Frage werde auf der nächsten Sitzung des Mobilitätsausschusses von Herrn Sehl beantwortet.

Frau Filter, Bürgermeisterin aus Millienhagen-Oebelitz, erfragt, ob es auch eine Priorisierung von Radwegen an Landesstraßen gebe.

Herr Jahns merkt an, dass die Priorisierung der Radwege an Landesstraßen nicht Aufgabe des Landkreises sei, sondern die des Landes bzw. des Straßenbauamtes.

Weitere Einwohnerfragen werden nicht gestellt.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Anmerkungen oder Ergänzungen werden nicht vorgetragen.

Der Mobilitätsausschuss bestätigt einstimmig die Tagesordnung.

4. Bestätigung der Niederschrift vom 6. Dezember 2022

Anmerkungen oder Ergänzungen zu der Niederschrift werden nicht vorgetragen.

Der Mobilitätsausschuss bestätigt einstimmig bei vier Enthaltungen die Niederschrift vom 6. Dezember 2022.

5. Ergänzungsvereinbarung zum öffentlichen Dienstleistungsauftrag zwischen der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH und dem Landkreis Vorpommern-Rügen zur Liquiditätssicherung Vorlage: BV/3/0450

Redebedarf besteht nicht.

Herr Jahns bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Kreistag wie folgt zu beschließen:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Ergänzungsvereinbarung zum öffentlichen Dienstleistungsauftrag zur Liquiditätssicherung der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH für das Geschäftsjahr 2023 (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

6. **Öffentlich-rechtlicher Vertrag über eine zeitweise Aufgabenübertragung nach § 165 Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) zur Errichtung eines Straßenbegleitenden Radweges entlang der Kreisstraße NVP 10 von Klausdorf bis Muuks**
Vorlage: BV/3/0442
-

Die Nachfrage von Herrn Benkert, ob der Radweg in der Prioritätenliste stehe, bejaht Herr Jahns.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Jahns bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Kreistag wie folgt zu beschließen:

1. Der Kreistag Vorpommern-Rügen beauftragt den Landrat, den als Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrag zu Bau und Planung des straßenbegleitenden Radweges entlang der Kreisstraße NVP 10 von Klausdorf nach Muuks abzuschließen. Das Amt Altenpleen übernimmt dabei die Planung und den Bau des Radweges. Für den Zeitraum von Planung und Bau wird die Straßenbaulast auf die Gemeinde übertragen. Nach Fertigstellung und mängelfreier Abnahme ist der Landkreis als Straßenbaulastträger der Kreisstraße für den straßenbegleitenden Radweg zuständig.
2. Der Kreistagsbeschluss Nr. KT 299-14/2021 vom 14. Dezember 2021 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

7. **Öffentlich-rechtlicher Vertrag über eine zeitweise Aufgabenübertragung nach § 165 Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) zur Errichtung eines straßenbegleitenden Radweges entlang der Kreisstraße RÜG 13 von Puddemin bis zur L 30**
Vorlage: BV/3/0443
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Jahns bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Kreistag wie folgt zu beschließen:

1. Der Kreistag Vorpommern-Rügen beauftragt den Landrat, den als Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrag zu Bau und Planung des straßenbegleitenden Radweges entlang der Kreisstraße RÜG 13 von Puddemin bis zum Abzweig L 30 abzuschließen. Das Amt Bergen auf Rügen übernimmt dabei die Planung und den Bau des Radweges. Für den Zeitraum von Planung und Bau wird die Straßenbaulast auf die Gemeinde übertragen. Nach Fertigstellung und mängelfreier Abnahme ist der Landkreis als Straßenbaulastträger der Kreisstraße für den straßenbegleitenden Radweg zuständig.
2. Der Kreistagsbeschluss Nr. KT 298-14/2021 vom 14. Dezember 2021 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

**8. Antrag der Kreistagsfraktionen B90/GRÜNE/FR, CDU: "Ausbauziel von 120 Kilometern für die Radwegeinfrastruktur an Kreisstraßen"
Vorlage: A/3/0200/1**

Herr Jahns erläutert den Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und B90/GRÜNE/FR.

Herr Bauch merkt an, dass ihm die Umsetzung des Ziels fernliegend erscheine. Das Ausbauziel solle realistisch umsetzbar sein und erfragt, ob es dazu schon eine Einschätzung gebe.

Herr Benkert teilt mit, dass der Antrag eine Prüfung beabsichtige. Zunächst solle geprüft werden, was es bedeute, wenn man das Ziel annehmen würde. Dabei soll das Ausbauziel i.H.v. 120 Kilometern nicht gleich beschlossen werden. Die Ergebnisse sollen dann, wie auch im Antrag formuliert, bis zum Ende des 2. Quartals in 2023 im Mobilitätsausschuss sowie im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung vorgestellt werden.

Herr Jahns informiert, dass es sich bei dem Antrag um einen Prüfauftrag handele.

Herr Danter führt aus, dass es um eine Verzehnfachung des Ausbauziels gehe. Zwei Kilometer Radweg pro Jahr sei zu wenig. Mit dem Antrag wolle man anstatt 12, 120 Kilometer Radweg in einem 6-jährigen Zeitraum bauen. Er freue sich, dass die Kreistagsfraktion CDU gemeinsam mit der Kreistagsfraktion B90/Grüne/FR den Antrag einbringe.

Herr Stallbaum teilt mit, dass er den Antrag jetzt als Prüfauftrag sehe. Zur nächsten Sitzung des Mobilitätsausschusses am 28. März 2023 werde er die gewünschten Zuarbeiten vorstellen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Jahns bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Kreistag wie folgt zu beschließen:

Der Kreistag beschließt ein Ausbauziel von 120 Kilometern für die Radwegeinfrastruktur an Kreisstraßen innerhalb eines 6-Jahres-Zeitraums. Dies entspricht einer Verzehnfachung des bisherigen Zieles. Der Landrat wird beauftragt:

- die Bedingungen zur Umsetzung dieses Ziels zu prüfen und zu definieren,
- verwaltungsseitig den Haushaltsjahren ab 2024 die erforderlichen Eigenmittel in Ansatz zu bringen,
- die Beantragung der erforderlichen Fördermittel vorzubereiten und
- einen Vorschlag zu Fortführung der Prioritätenliste zu unterbreiten

Die Ergebnisse der Prüfungen sollen bis zum Ende des 2. Quartals 2023 dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung sowie dem Mobilitätsausschuss vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei drei Enthaltungen zugestimmt

9. Verkehrsbeeinflussende Anlagen zur besseren Ausnutzung des Verkehrsraumes unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Radfahrenden als sinnvolle Ergänzung zu Radwegen

Frau von Buddenbrock betritt die Sitzung um 17:13 Uhr (14/15)

Herr Stallbaum stellt anhand einer Präsentation die Idee verkehrsbeeinflussender Anlagen zur besseren Ausnutzung des Verkehrsraumes unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Radfahrenden als sinnvolle Ergänzung zu Radwegen vor.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Jahns bedankt sich bei Herrn Stallbaum für die Vorstellung. Um eine schnelle Sicherheit für Radfahrer auf den Straßen gewährleisten zu können, erscheine ihm dies eine gute Lösung zu sein.

Herr Meißner stimmt Herrn Jahns zu. Er habe von so einem Projekt bislang noch nichts gehört und finde die Idee sehr gut.

Herr Martens merkt an, dass er das Aufgreifen von Lösungen die woanders gut funktionieren gut finde. Die Smileys aus dem Straßenverkehr in Städten wirken sich bei ihm bspw. auch gleich positiv aus, weil man möchte das der Smiley einen anlächelt.

Herr Benkert führt aus, dass in seiner Gemeinde auch mehrere Anzeigetafeln mit Smileys stehen und die Rückmeldung von Bürger/innen zeige das es funktioniere. Er glaube, dass die Idee funktionieren könne und die Autofahrer mehr anspreche als weitere Verkehrsschilder.

Herr Danter regt an, dass bspw. in Dresden Großplakate auf den Abstand von 1,5m beim Überholen von Radfahrern aufmerksam machen und man dies bei der Umsetzung mit einbauen könne. Das Einhalten des Abstandes sei nach der Straßenverkehrsordnung (StVO) auch Bußgeldbewährt.

Herr Giese merkt an, dass die Anlagen maximal ein Hinweis werden können, jedoch

keine rechtlichen Konsequenzen entstehen.

Herr Jahns antwortet, dass aus seiner Sicht das Ziel dabei das Erreichen der Aufmerksamkeit der PKW oder LKW Fahrer sei.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

10. Zukünftige Priorisierung zum Ausbau von Radwegen an Bundesstraßen

Herr Hack stellt anhand einer Präsentation die zukünftige Priorisierung zum Ausbau von Radwegen an Bundesstraßen vor.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Jahns teilt mit, dass er gemeinsam mit Herrn Benkert und der Bürgermeisterin aus Loitz zu der Thematik an der B194 beim Straßenbauamt vorgesprochen haben, mit dem Ergebnis das keine Kapazitäten bestünden.

Herr Benkert führt dazu weiter aus, dass eine richtige Antwort bis heute ausstehe. Ein Mitarbeiter wollte prüfen, ob es möglich sei, wenn die Gemeinden alleine die Vorarbeiten durchführen. Mit den jetzigen Erkenntnissen vom Innenministerium, dass dies möglich sei, werde er sich mit dem Straßenbauamt nochmal in Verbindung setzen.

Herr Körner erfragt zur Einordnung, ob dies ein Konzept, welches im Entwurf vorliege oder ein Ziel, welches verfolgt werde, sei.

Herr Hack informiert, dass dies ein Ergebnis vom Straßenbauamt bzw. vom Ministerium sei und der Landkreis dabei kein Mitspracherecht gehabt habe. Bei Fragen oder Erläuterungswünschen müsse man sich dabei ans Ministerium wenden.

Herr Danter merkt an, dass die Planungen an Bundesstraßen im Vergleich zu Kreisstraßen sehr aufwendig seien. Es sei sinnvoll unser Personal planerisch nur für die Kreisstraßen einzusetzen.

Herr Stallbaum stellt klar, dass die Ressourcen des Landkreises damit nichts zu tun haben. Das Straßenbauamt gebe den Ämtern und Gemeinden aber die Möglichkeit da die Radwege in der Priorisierung nicht ganz oben stehen, dass wenn Kapazitäten da seien, diese die Planungen übernehmen können und das Straßenbauamt dann die Finanzierung übernehme. So können die Radwege früher gebaut werden und nicht erst wenn sie in der Liste ganz oben stehen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Jahns bedankt sich bei Herrn Hack für die Ausführungen.

11. Anfragen

Herr Martens erfragt den aktuellen Stand zum Kreistagsbeschluss in Bezug auf die Mitgliedschaft in der AGFK M-V.

Herr Stallbaum informiert, dass zunächst der Nachtragshaushalt beschlossen werden müsse, wo diese Gelder eingeplant seien. Nach Beschluss solle aber eine

Mitgliedschaft rückwirkend zum 1. Januar 2023 eingegangen werden.

Weiterhin teilt **Herr Martens** mit, dass der Fraktionsvorsitzende der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR am Freitag vor der letzten Sitzung des Kreistages im Dezember vom Landrat angerufen wurde und er ihm gebeten habe, die gestellten Anträge zum Nahverkehrsplan zurückzuziehen, da diese sonst Einfluss auf das Vergabeverfahren hätten. Herr Martens erfragt dazu, warum diese Informationen in den Ausschusssitzungen des Mobilitätsausschusses, wo die Anträge besprochen wurden, noch nicht thematisiert wurden.

Außerdem erfragt **Herr Martens** zum OZ Artikel vom 7. Januar 2023, wie der aktuelle Stand sei und ob der Vorfall Auswirkungen auf die Schulung der Fahrer/innen sowie die der Kontrolleure gegeben habe.

Herr Langkammer teilt mit, dass die Fragen schriftlich beantwortet werden.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

12. Mitteilungen

Herr Baase informiert, dass ab dem 2. Februar 2023 die Maskenpflicht im ÖPNV entfalle.

Weitere Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

Herr Jahns schließt den öffentlichen Teil der Ausschusssitzung.

13.02.2023, gez. M. Jahns

Datum, Unterschrift
Marco Jahns
Ausschussvorsitzender

13.02.2023, gez. A. Pfefferkorn

Datum, Unterschrift
Anja Pfefferkorn
Protokollführerin

Landkreis Vorpommern-Rügen, Carl-Heydemann-Ring 67, 18437 Stralsund

Per E-Mail:
kreistagsfraktion@gruene-vr.de

Kreistagsfraktion BÜNDNIS `90/DIE GRÜNEN/FR
Alter Markt 7
18439 Stralsund

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Mein Zeichen: Anfrage/2023/009
Meine Nachricht vom:
Bitte beachten Sie unsere Postanschrift unten!

Fachdienst: Büro des Landrates und des Kreistages
Fachgebiet / Team: Kreistagsangelegenheiten
Auskunft erteilt:
Besucheranschrift: Carl-Heydemann-Ring 67
18437 Stralsund
119
Zimmer:
Telefon: 03831 357 1214
Fax: 03831 357-444100
E-Mail: Kreistagsbuero@lk-vr.de

Datum: 2. März 2023

Ihre Anfrage zu den Anträgen der Kreistagsfraktion BÜNDNIS `90/DIEGRÜNEN/FR zum Nahverkehrsplan

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Suhr,
sehr geehrter Herr Martens,

in vorbezeichneter Angelegenheit nehme ich Bezug auf die in der Anfrage gestellten Fragen und beantworte diese nachfolgend.

Warum wurde die Information, dass die Anträge der Fraktion zum Nahverkehrsplan einen Einfluss auf das Vergabeverfahren haben, nicht in den Ausschusssitzungen des Mobilitätsausschusses, wo die Anträge besprochen wurden, thematisiert?

Der Nahverkehrsplan wurde am 25. April 2022 vom Kreistag Vorpommern-Rügen beschlossen und vom Landesamt für Straßenbau und Verkehr am 4. August 2022 bestätigt.

Im Jahr zuvor startete am 29. Juni 2021 das Verfahren zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) unter Einbeziehung aller Kreistagsfraktionen. Auf der 14. Sitzung des Mobilitätsausschusses am 19. Oktober 2021 erfolgte seitens des IGES-Instituts eine Auswertung und Ergebnisvorstellung der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB-Verfahren).

Am 21. Juni 2022 brachte die Kreistagsfraktion BÜNDNIS `90/DIEGRÜNEN/FR Anträge zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans erstmalig in den Mobilitätsausschuss. Dabei wurden sechs der acht Änderungsvorschläge mehrheitlich abgelehnt und die Diskussion darüber nicht weiter vertieft. Die beratenen Anträge wurden nicht zu den Kreistagen am 27. Juni 2022 bzw. 17. Oktober 2022 eingebracht, sondern lediglich als Wiedervorlage im Mobilitätsausschuss am 15. November 2022 behandelt. Die zeitliche Situation wurde im Anschluss von der Verwaltung geprüft und neu bewertet.

Die Anträge zum „Modal Split“ und zur Verdopplung der Fahrgastzahlen hätten eine Teilfortschreibung des Nahverkehrsplans nach sich gezogen, da im beschlossenen Nahverkehrsplan die verkehrspolitischen Ziele durch die Mehrleistungen entsprechend eingepreist sind. Die Anträge hätten somit weitgehende finanzielle Auswirkungen, welche untersucht werden müssten. Dieser grundlegende Änderungsprozess würde wiederum ein neuerliches Beteiligungsverfahren nach sich ziehen, wodurch die Fristen zur Vorabbekanntmachung der Vergabe der Nahverkehrsleistung zeitlich unhaltbar wären.

Die Fristen zum Vergabeprozess und zur Vorabbekanntmachung wurden von der KCW GmbH auf der 16. Sitzung des Mobilitätsausschusses am 7. Dezember 2021 vorgestellt.

Erfolgt eine Änderung der Leistung im laufenden Prozess der Vorabbekanntmachung der Vergabe der Nahverkehrsleistung, ist keine rechtssichere Durchführung garantiert. Eine

qualitative und quantitative Änderung während des europaweiten Vergabeprozesses führt zu einer möglichen juristischen Anfechtbarkeit des gesamten Ausschreibungsverfahrens.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Stefan Kerth
Landrat

Landkreis Vorpommern-Rügen, Carl-Heydemann-Ring 67, 18437 Stralsund

Per E-Mail:
kreistagsfraktion@gruene-vr.de

Kreistagsfraktion BÜNDNIS`90/DIE GRÜNEN/FR
Alter Markt 7
18439 Stralsund

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Mein Zeichen: Anfrage/2023/010
Meine Nachricht vom:
Bitte beachten Sie unsere Postanschrift unten!

Fachdienst: Büro des Landrates und des Kreistages
Fachgebiet / Team: Kreistagsangelegenheiten
Auskunft erteilt:
Besucheranschrift: Carl-Heydemann-Ring 67
18437 Stralsund
119
Zimmer:
Telefon: 03831 357 1214
Fax: 03831 357-444100
E-Mail: Kreistagsbuero@lk-vr.de
Datum: 22. Februar 2023

Ihre Anfrage zum Pressebericht im Rahmen des Vorfalles im Linien Bus der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Suhr,
sehr geehrter Herr Martens,

in vorbezeichneter Angelegenheit nehme ich Bezug auf die in der Anfrage gestellte Frage aus der Sitzung des Mobilitätsausschusses vom 31. Januar 2023 und beantworte diese nachfolgend.

Wie ist der aktuelle Stand zum Vorfall im Linienbus der VVR und hat dieser Auswirkungen auf die Schulungen der Fahrer/innen sowie die der Kontrolleure?

Der von Ihnen im Ausschuss vorgetragene Vorfall wurde nach Auskunft der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH (VVR) im direkten Dialog mit dem Kunden bearbeitet und einvernehmlich abgeschlossen.

Die Schulung des Fahrpersonals findet kontinuierlich statt. Gleichzeitig erfolgt ein Monitoring der Beschwerdelage. Übermäßige Vorkommnisse oder spezielle Einzelfälle werden im Unternehmen intern ausgewertet und separat aufgearbeitet.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Stefan Kerth
Landrat

Verkehrsbeeinflussende Anlagen (VBA) zur Verbesserung der Sicherheit des Verkehrsraums unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Radfahrern



Ausgangssituation

Länge der Kreisstraßen:	324 km
Länge der Radwege an Kreisstraßen:	58 km
Länge der längsten Kreisstraße:	17,7 km (NVP 14)
Länge der kürzesten Kreisstraße:	1,7 km (RÜG 10)
Durchschnittliche Länge der Kreisstraßen:	8,3 km



Was ist das Problem?

Der Verkehrsraum Kreisstraße muss zukünftig nicht nur den Bedürfnissen des Autoverkehrs entsprechen.

Dabei stellt sich die Frage, wie es gelingen kann, die Sicherheit auf den Kreisstraßen zu erhöhen, bis entsprechende Radwege gebaut werden.

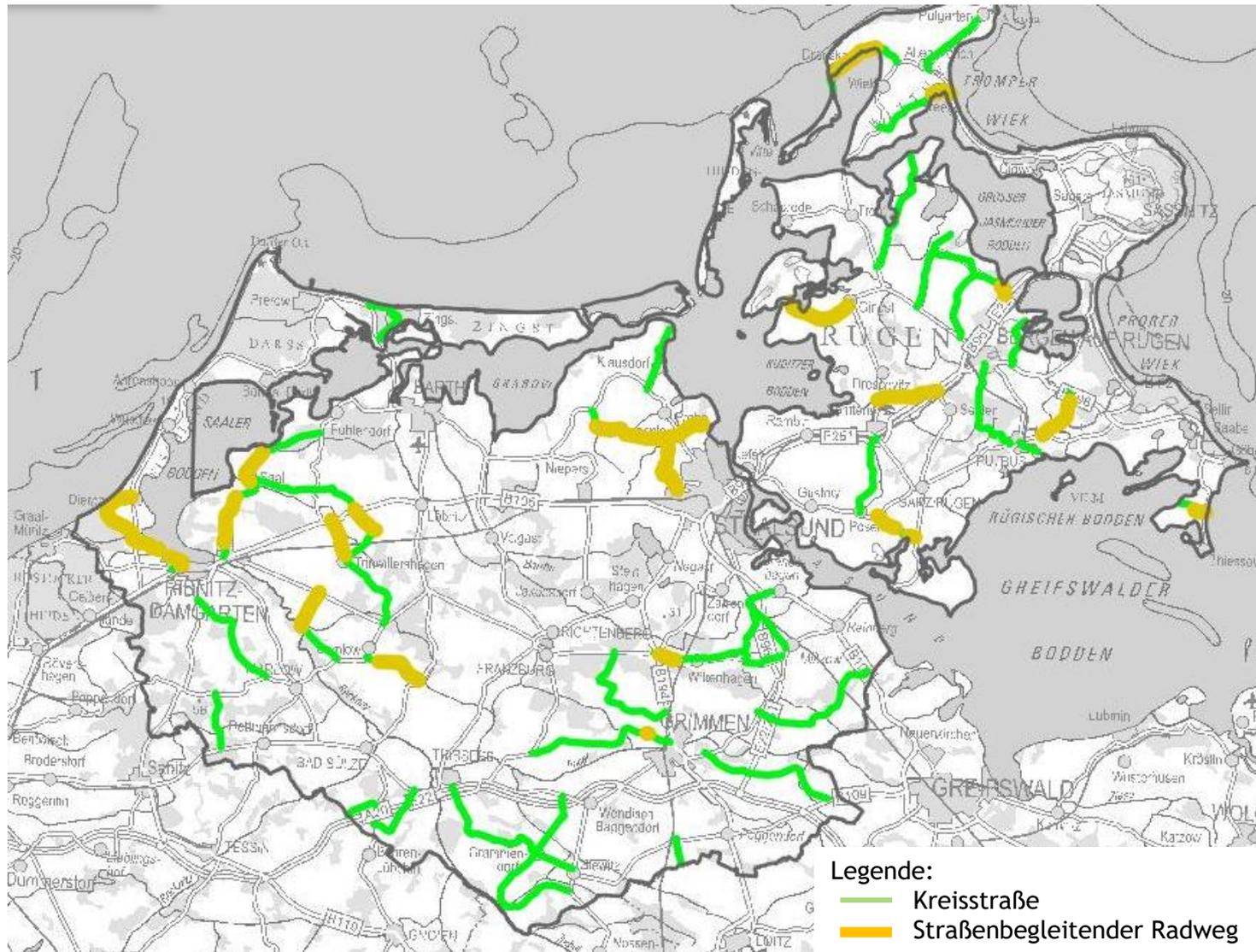


Wie kann man das Problem lösen?

Durch eine digitale Lösung soll der Verkehr situativ beeinflusst werden, um das Sicherheitsniveau deutlich zu erhöhen.



Übersichtskarte Kreisstraßen



Was sind VBA?

Der Begriff Verkehrsbeeinflussungsanlage (kurz VBA) wird in der Regel für technische Einrichtungen verwendet, die vom Straßenbaulastträger errichtet wurden, um den Verkehrsfluss auf einem oder mehreren Abschnitten, an Knotenpunkten oder im gesamten Netz durch kollektive Beeinflussung zu verbessern. Verkehrsbeeinflussungsanlagen sind verkehrstechnische Anlagen für Zwecke des Verkehrsmanagements.

Wie sehen VBA aus?

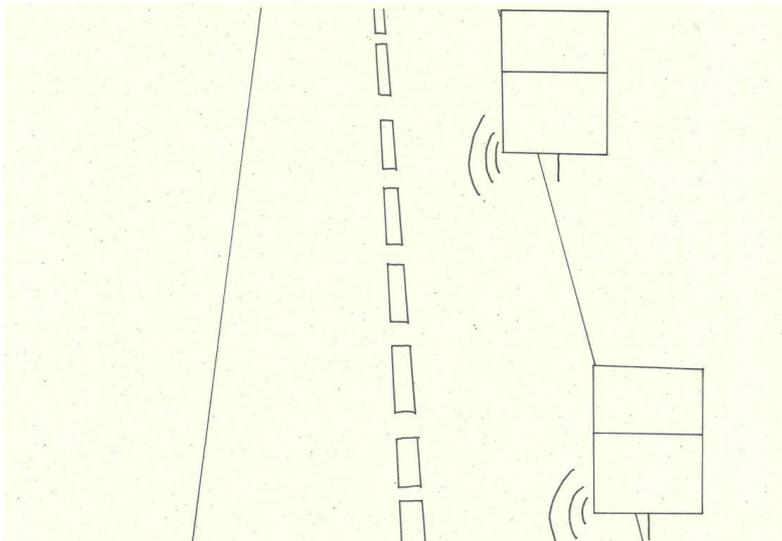


Gibt es das schon?

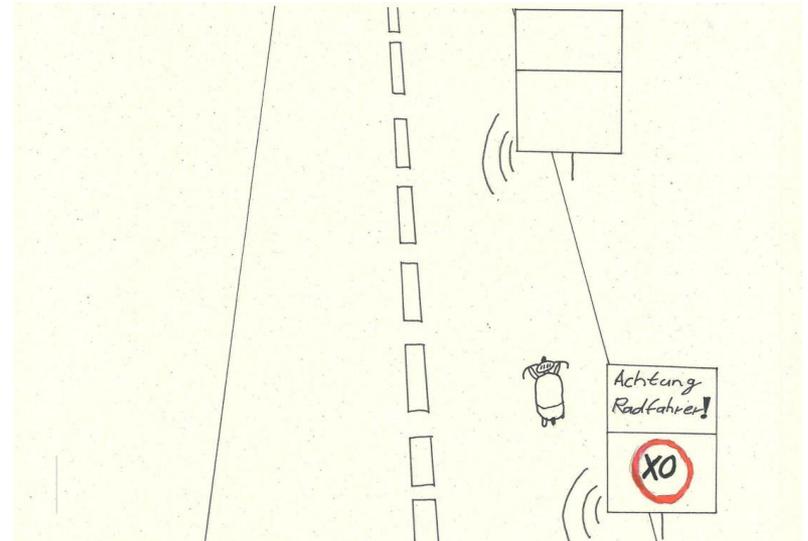
Dazu konnte bisher nichts gefunden werden.

Wie soll das Ganze mal aussehen?

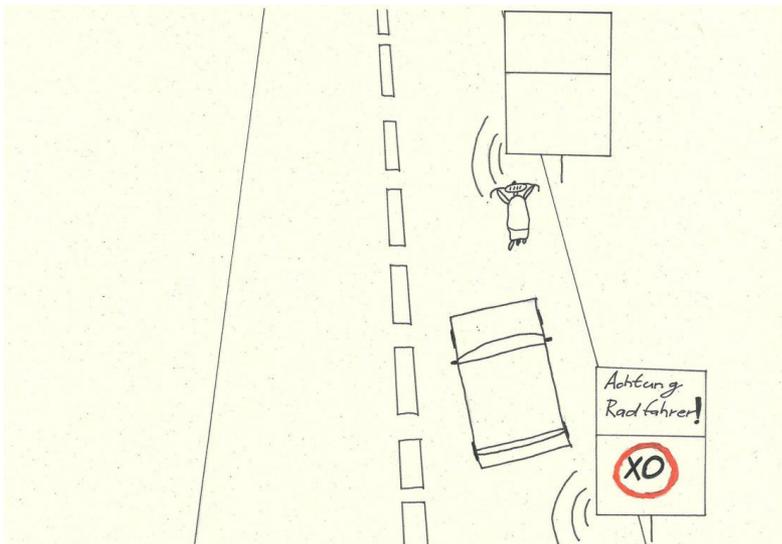
1



2



3



4



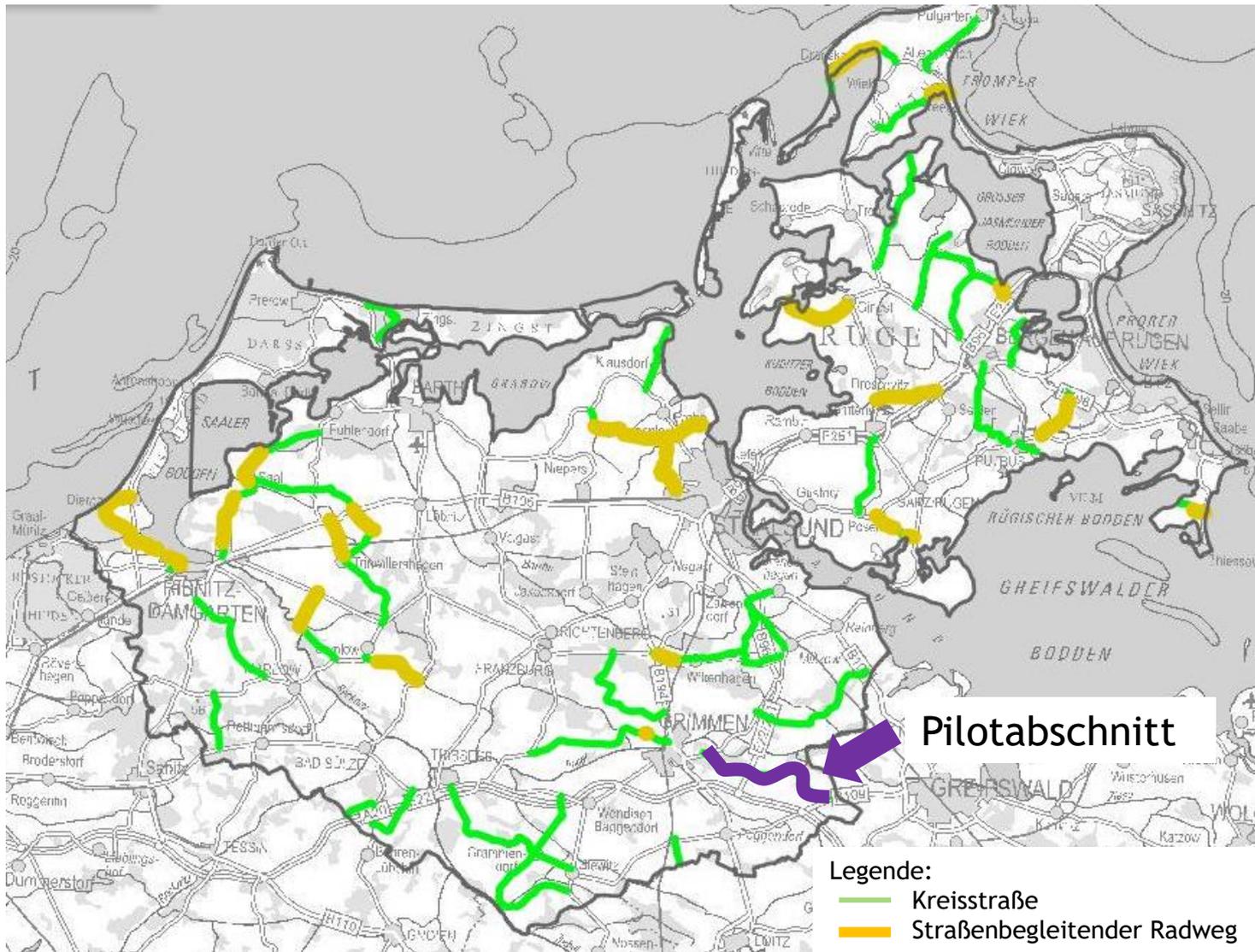
Welche Herausforderungen müssen gemeistert werden?

1. Zustimmung im Kreistag erlangen
2. Förderpartner gewinnen
3. Projektpartner gewinnen
4. Rechtliche Rahmenbedingungen anpassen

Was ist zu tun?

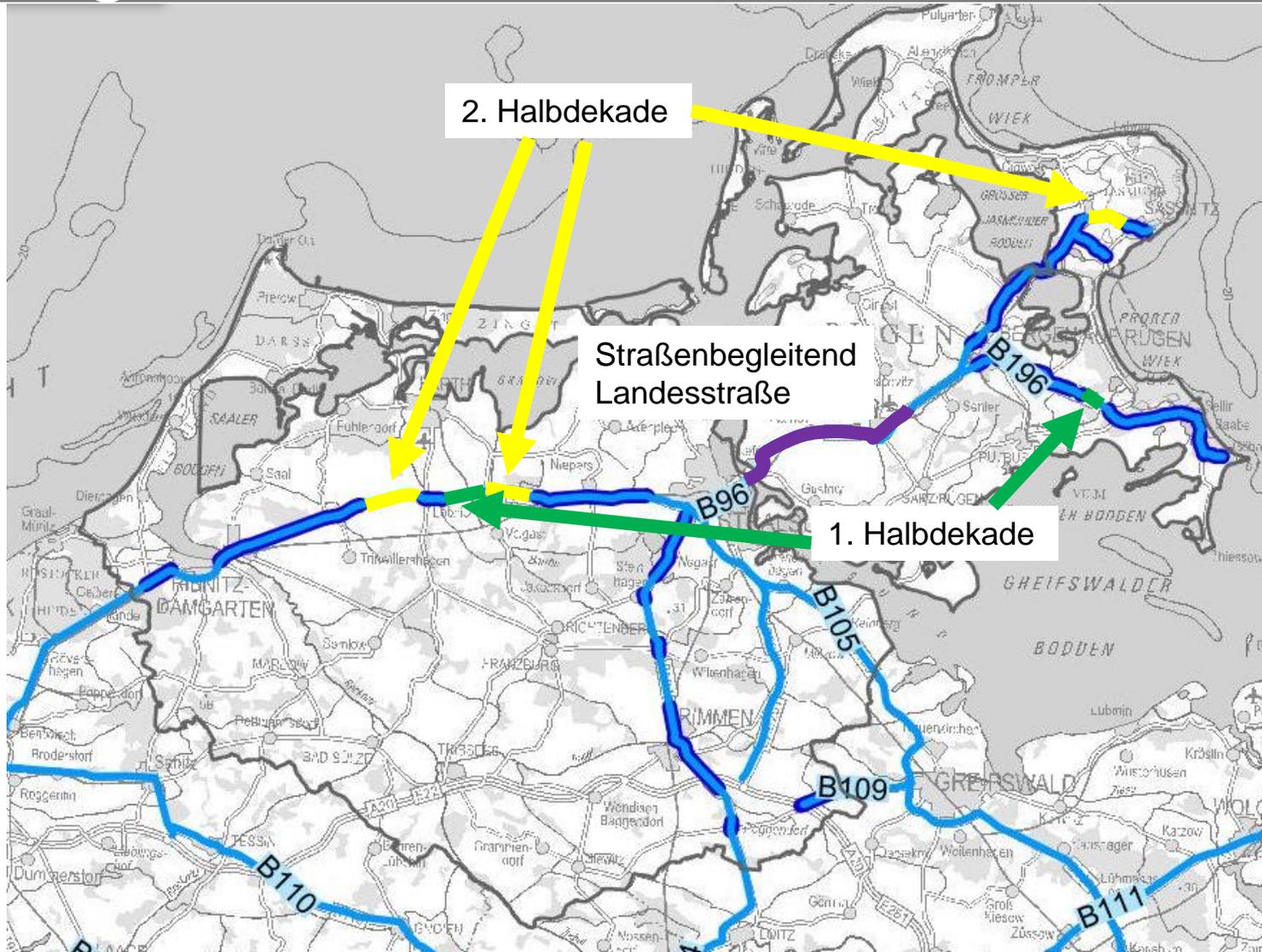
1. Grundsatzbeschluss fassen
2. Projekt ausarbeiten
3. Fördermittel organisieren
4. Projektpartner (HS/Industrie) gewinnen
5. Projekt umsetzen
6. Ergebnisse auswerten

Übersichtskarte Kreisstraßen



Zukünftige Priorisierung zum Ausbau von Radwegen an Bundesstraßen

Priorisierungskonzept mit vorhandenen Radwegen im Landkreis



Link Pressemitteilung zum Priorisierungskonzept

- <https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/wm/Aktuelles--Blickpunkte/priorisierungskonzept>